
Stellungnahme – Kampf gegen die Radikalisierung: Unterstützung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Vom Präsidium angenommen

Die Terroranschläge von 2015 und 2016 haben gezeigt, vor welchen großen Herausforderungen die gesamte Europäische Union nun steht. Hauptziel der Mitgliedstaaten bleibt nicht nur das Verhindern von erneuten Anschlägen, sondern auch das dringende und notwendige Vorbeugen von Risiken sowie der Kampf gegen die Radikalisierung.

Nicht alle Personen, die ihre radikalen religiösen oder politischen Ansichten zum Ausdruck bringen, begehen Gewaltakte. Jedoch ist es so, dass ein Teil jener, die Gewaltanschläge verüben, im Vorhinein ihre radikale Meinung kundgetan hat. Aus diesem Grund ist es wichtig und dringend, gegen dieses komplexe Phänomen der Radikalisierung, wo Menschen sich einer radikalen Ideologie anschließen und dabei Gefahr laufen, sich zu terroristischen Anschlägen anstiften zu lassen, vorzugehen.

Die CESI ist der festen Überzeugung, dass dieses Ziel nicht durch eine simple Einführung von Sicherheitsmaßnahmen erreicht werden kann. Es braucht noch mehr, nämlich die Umsetzung multidisziplinärer und ergänzender Politiken und Systeme, die einerseits den sozialen, erzieherischen und präventiven Sicherheitsaspekt berücksichtigen, und andererseits restriktive Politikansätze zulassen.

Wie die Arbeit zu diesem Thema¹ wiederholt gezeigt hat, braucht es im Kampf gegen den Terrorismus eine Verstärkung der koordinierten Politiken auf europäischer Ebene sowie die nötige Unterstützung, den nötigen Schutz und eine Aufwertung aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die für die Umsetzung dieser verantwortlich sind (vor allem Sozialarbeiter, Erzieher, Lehrer, Bedienstete des Gesundheitswesens, Polizisten, Feuerwehrbedienstete, Gefängnispersonal und Bewährungshelfer).

Die CESI bekräftigt ihre Überzeugung hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit und erachtet den Respekt als Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Ausarbeitung von angemessenen Politiken im Kampf gegen die Radikalisierung und den Terrorismus. Um dahin zu gelangen und die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer bei der Ausarbeitung und Umsetzung von geeigneten Politiken zu unterstützen, hat die CESI verschiedene Herausforderungen aufgelistet, welche es zu bewältigen gilt:

¹ Die CESI interessiert sich seit einiger Zeit für das Thema der Radikalisierung und der damit verbundenen Risiken für die Bediensteten im öffentlichen Sektor. Auf dieses Thema wurde bereits während eines CESI@noon im Mai 2015 sowie auf der Konferenz in Paris am 15. Dezember 2015 eingegangen.
[European Confederation of Independent Trade Unions](#) • [Confédération Européenne des Syndicats Indépendants](#) • [Europäische Union unabhängiger Gewerkschaften](#) • [Confederazione Europea dei Sindacati Indipendenti](#) • [Confederación Europea de Sindicatos Independientes](#)

I) Die Herausforderungen im Sicherheitsbereich

a) Im Hinblick auf juristische Herausforderungen, unterstützt die CESI:

- 1. Die Verabschiedung einer Richtlinie zum Kampf gegen den Terrorismus, die Vorbereitungsmaßnahmen** wie Ausbildung, Auslandsreisen für terroristische Zwecke, Beihilfe oder Anstiftung zu einer terroristischen Straftat **unter Strafe stellt**.
- 2. Eine Reform der Richtlinie von 1991 zum Waffenhandel**, die auf die Verstärkung der Kontrollen beim Erwerb und Besitz von Schusswaffen abzielt.
- 3. Nach langen Verhandlungsmonaten die Verabschiedung zur dringenden Umsetzung einer Richtlinie zu den Fluggastdatensätzen (PNR - Passenger Name Record)**, die die Fluggesellschaften zwingt, Daten ihrer Fluggäste zwecks Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten unter Achtung der Prinzipien des Datenschutzes bei personenbezogenen Daten und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit auszuhändigen.
- 4. Eine Verbesserung des juristischen Schutzes von Sicherheitsbeamten**. Dabei wird beispielsweise zum Nachdenken über das Selbstverteidigungsrecht und den Identitätsschutz in ganz Europa angeregt.

b) Im Hinblick auf praktische und technologische Herausforderungen:

- Es ist **dringend notwendig, vermehrt auf die Sicherheit der « Ersthelfer » zu setzen** und hierfür auf europäischer wie auch nationaler Ebene die **materiellen und finanziellen Mittel** bereitzustellen. Zu den « Ersthelfern » zählen Soldaten, Polizisten und Feuerwehrmänner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass:
 - **die Polizeikräfte aufgestockt werden,**
 - **die Schutzausrüstung**, welche oftmals sehr schwer und unbequem ist, modernisiert wird und das An- und Ausziehen als Arbeitszeit angerechnet werden,
 - **das Personal ausgebildet und für die verschiedenen Kulturen sensibilisiert wird**, um so die Unterschiede besser begreifen zu können und die manchmal delikaten Situationen effizienter in den Griff zu bekommen,
 - **die psychologische Hilfe verstärkt oder gar geschaffen wird.**
- Da die **Soldaten** immer mehr im Kampf gegen den Terrorismus zum Einsatz kommen und dies ursprünglich nicht in ihren Aufgabenbereich fiel, ist es umso wichtiger, ihnen **das erforderliche Training** hierfür zu geben.
- Die budgetären Einbußen in manchen Mitgliedsländern haben schwerwiegende Folgen für den Kampf gegen die Internetkriminalität und den oft damit verbundenen Terrorismus gehabt. Deshalb sind zur Verbesserung der Situation **erhebliche Investitionen in den Kauf von erforderlichem Material, die Einstellung von Informatikern und die Ausbildung von Polizeikräften** notwendig.
- Obwohl nationale Strategien wichtig sind, macht die CESI darauf aufmerksam, dass eine **koordinierte Unterstützung auf europäischer Ebene** unabdingbar ist. In diesem Zusammenhang begrüßt sie die Einrichtung von Strukturen wie das Europäische Anti-Terror-Zentrum und die Position des EU-Koordinators für Terrorismusbekämpfung, aber noch viel mehr ruft sie zu **einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen öffentlichen**

Verwaltungen in den Mitgliedstaaten und den europäischen und internationalen Institutionen (wie beispielsweise Europol, Interpol und Frontex) auf.

5. Angesichts der Tatsache, dass der Radikalisierungsprozess auch außerhalb der Europäischen Union stattfindet oder zu Ende geführt wird, und dies insbesondere in terroristischen Ausbildungslagern und Konfliktzonen, ist außerdem eine **Zusammenarbeit mit Drittstaaten, wo ein hohes Risiko besteht**, von großer Bedeutung.
6. Darüber hinaus sollten die Mitgliedstaaten auch vermehrt auf die Harmonisierung von gemeinsamen Datenbanken wie zum Beispiel dem **Schengener Informationssystem (SIS)** setzen. Von den insgesamt 5.000 Terrorverdächtigen in Europa sind nur 2.000 in dieser Datenbank eingetragen.
7. Der Zugang zu Informationen durch die neuen Kommunikationstechnologien stellt eine zusätzliche Herausforderung im Kampf gegen die Radikalisierung dar. Deshalb ist es umso wichtiger, **wirksame Strategien gegen Hasstiraden und Online-Propaganda** zu entwickeln. Die CESI begrüßt Initiativen zur Kontaktaufnahme zwischen den öffentlichen Verwaltungen und den Internet-Anbietern und wünscht sich, dass ein Gleichgewicht zwischen der Achtung der Meinungsfreiheit und einer weitest möglichen Sperrung von Webseiten, die die Radikalisierung begünstigen, gefunden wird.

II) Die Herausforderungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen:

1. Es besteht ein **dringender Bedarf zur Unterstützung und Ausbildung von Bediensteten im öffentlichen Sektor, die in direktem Kontakt zu Personen mit erhöhtem Radikalisierungsrisiko stehen**. Auch wenn diese nicht alle im Sicherheitsdienst tätig sind, so tragen ihre Ausbildung und ihr Verständnis von den Bedürfnissen solcher Risikopersonen oftmals dazu bei, dass genau sie die Personen, die sich im Radikalisierungsprozess befinden, am schnellsten erkennen können.
2. Auch ist es von grundlegender Bedeutung, sich der Bildung als Mittel zur **sozialen Integration und Wertevermittlung (zum Beispiel Bürgerrechte, Demokratie, Grundrechte, Toleranz und Achtung)** zu bedienen und auf diese Weise Jugendlichen eine solide Grundlage für eine gute Zukunft zu bieten.
3. **Dazu brauchen die Lehrer mehr Unterstützung von den Schulen und diese wiederum vom Staat, um die Schülerinnen und Schüler gemeinsam bei der Bildung und Entfaltung ihrer Identität und ihrer Zukunftsvisionen zu begleiten**. Jugendliche und junge Erwachsene sind am leichtesten zu beeinflussen und können am schnellsten in den Bann der radikalen Propaganda geraten. Die Bereiche der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie die Arbeitswelt können Jugendliche am besten dabei helfen, ihre Fähigkeiten zu kritischem Denken zu fördern. Viele Lehrer, die heutzutage mit dem Radikalisierungsproblem in den Klassenzimmern konfrontiert sind, sehen sich nicht mehr in der Lage, ihrer pädagogischen Pflicht nachzukommen. Außerdem führen Störungen der schulischen Entwicklung bei einigen Schülern zum Schulabbruch und dies nährt deren Anfälligkeit für radikale Anschauungen.
4. Versagen in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt sind oft Grund für Frustration und dies erklärt die Radikalisierung einiger Jugendliche. **Probleme** im Zusammenhang mit der **beruflichen Eingliederung von Jugendlichen² müssen** aus diesem Grund **dringend gelöst** werden.

² Siehe auch die Stellungnahme der CESI, „Unterstützung der Beschäftigten des öffentlichen Sektors für eine erfolgreiche Aufnahme und Integration der Migranten“.

5. Man muss sich viel früher um Schüler und Schülerinnen kümmern, die isoliert sind, sich abschotten, psychische oder psychosomatische Krankheiten aufweisen. Dazu muss die **Zusammenarbeit zwischen dem Personal des Bildungswesens und anderen öffentlichen Dienststellen, wie zum Beispiel dem Gesundheitswesen, verbessert** werden.
6. **Es müssen Ausstiegs- und Entradikalisierungsprogramme geschaffen werden.** Diese Programme müssen umfassend sein, an die verschiedenen Situationen und Individuen angepasst werden und sie bedürfen psychologischer, sozialer und wirtschaftlicher Unterstützung sowie der Hilfe von Experten, Familienangehörigen und im weitesten Sinne der Gemeinschaft, um eine Wiedereingliederung³ zu erleichtern.
7. Die CESI ist der Auffassung, dass es wichtig ist, verstärkt auf **nicht formale und freiwillige Bildungsprogramme sowie Sportaktivitäten und interkulturelle Dialoge** zu setzen und die Jugendlichen dabei aktiv einzubinden. Dadurch können sie ihre Erfahrungen austauschen und mehr über andere Kulturen kennenlernen. Eine Kooperation mit religiösen Zentren, die sich mit bestimmten konfessionellen Überzeugungen befassen, ist ebenso wünschenswert.

III) Die Herausforderungen im Justizwesen:

Im Hinblick auf einige Attentäter, die ihren Radikalisierungsprozess im Gefängnis abgeschlossen haben, ist es wichtig:

1. **Gegen Privatisierungen im Strafvollzug zu kämpfen, die oft zu Entscheidungen führen, die auf Grund der Rentabilität und nicht aufgrund der guten Führung gefällt wurden.**
2. **Das Gefängnispersonal aufzustocken und zu unterstützen,** insbesondere wenn es darum geht, sie dahin auszubilden, Situationen besser einzuschätzen, Radikalisierungssignale schneller zu erkennen und dementsprechend darauf zu reagieren.
3. **Überwachungsdienste und alternative Bildungsprogramme für Rechtsbrecher auszudehnen.**
4. **Verstärkt in Rehabilitationsprogramme zu investieren.**

³ Die vom Bürgermeister der dänischen Stadt Aarhus eingeführten Begleitmassnahmen können hier als Beispiel dienen. Die unter dem Namen *SSP Method* bekannte Methode besteht aus seiner Überwachung von Jugendlichen, die in den Vororten der Gefahr der Radikalisierung ausgesetzt sind, Unterstützungsmassnahmen für Eltern von Kindern, die bereits von der Radikalisierung betroffenen sind oder auf dem Weg dorthin sind, und einer psychologischen Betreuung von Rückkehrern extremistischer Gruppen.